

Oberste Lehrerin fordert Klimaanlagen

Die Hitze erschwert Kindern die Konzentration und schlägt älteren Menschen auf die Gesundheit

ANDREA FOPP

In der Baselbieter Gemeinde Füllinsdorf lernen einige Primarklassen dieser Tage draussen Französisch. Der Grund: Im Klassenzimmer herrschen bereits um 11 Uhr 21 knapp 31 Grad. Der Lehrstoff wird heruntertemperiert, damit die Kinderhirne nicht überhitzen. Die «Basler Zeitung» hat die Schule besucht. Das Problem ist der Schulbau, der aus den 1960er Jahren stammt. 2027 soll saniert werden. Doch bis dahin wird geschwitzt.

Die Füllinsdorfer Kinder sind nicht die einzigen, denen die Hitze auf die Konzentration schlägt. Viele Lehrpersonen weichen auf Alternativprogramme aus. Doch das ist auf die Dauer auch keine Lösung, wenn man Dagmar Rösler, Präsidentin des Schweizerischen Dachverbands für Lehrerinnen und Lehrer, fragt: «Man kann nicht die ganze Unterrichtszeit im Schwimmbad verbringen, weil man doch Lernstoff zu vermitteln hat», sagte sie am Donnerstag zu SRF.

Rösler nimmt die Kantone in die Pflicht und fordert «Lüftung, Ventilatoren und Klimaanlagen, wenn es Neubauten oder Sanierungen von bestehenden Schulhäusern gibt». Häufig scheitert es offenbar an den politischen Prioritäten. Rösler will von Gemeinden gehört haben, die aus finanziellen Gründen Lüftungen im Schulhaus gestrichen haben.

Bürokratische Hürden

Doch auch wenn das Geld da ist: Eine Klimaanlage einzubauen, ist gar nicht so einfach. Grund sind bürokratische Hürden. Für energieeffizientere, fest installierte Klimaanlagen, sogenannte Klima-Split-Geräte, braucht es eine Bewilligung. Sie kosten je nach Kanton und Gemeinde zwischen 150 und 500 Franken und sind an diverse Bedingungen geknüpft, die es für Eigentümer älterer Gebäude schwierig machen, eine Klimaanlage zu installieren. Hier eine Auswahl:

■ **Reduzierte Leistung:** Die Kantone beschränken die Leistung der Klimaanlagen auf maximal 12 Watt pro Quadratmeter. Ziel ist es, Strom zu sparen und die Eigentümer dazu zu bringen, ihre Gebäude zu isolieren. Diese Menge reicht häufig aber nicht aus für eine Kühlung der Räume.

■ **Sonnenstoren-Vorschrift:** Die meisten Kantone fordern, dass die Fens-



Split-Klimaanlagen bestehen aus zwei Geräten. Eines hängt draussen an der Fassade, eines drin an der Decke.

IMAGO

ter abgedunkelt werden können, damit keine Hitze hereinkommt. Dazu kommen Anforderungen an Wärmeschutz, Feuchteschutz und Raumklima.

■ **Solarpflicht:** Wer beispielsweise in Zürich eine Klimaanlage will, braucht eine Photovoltaikanlage, welche den Kühlungsbedarf deckt.

Eigentümer älterer Gebäude können je nach Bedarf eine Ausnahmegenehmigung erhalten. Doch eine Installation kann sehr teuer werden. Eine Alternative sind mobile Klimaanlagen. Sie sind günstiger und erfordern keine Bewilligung. Dafür benötigen sie mehr Strom.

Nicht nur für alte Schulhäuser, auch für Altersheime oder Spitäler, die in Gebäuden mit schlechter Isolierung untergebracht sind, ist die Ausgangslage schwierig. Gerade ältere Menschen sind aber besonders verletzlich. Aus diesem Grund ist Anfang Juli Streit in Bundesbergen ausgebrochen. Die FDP machte die Grünen für die bürokratischen Auf-

lagen verantwortlich und veröffentlichte eine angriffige Medienmitteilung: «Grüne Politiker wollen in vielen Kantonen Klimaanlagen verbieten», schrieb die Partei. Statt mit Klimaanlagen vulnerable Personen zu schützen, wollten sie die Bevölkerung die Klimaerwärmung spüren lassen, «als sei dies ein Akt der Sühne».

Überschuss an sauberem Strom

Tatsächlich setzen sich die Grünen für Auflagen bei Klimaanlagen ein. Dennoch reagierte die Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone irritiert auf die Verbotsvorwürfe und warf der FDP «Fake News» vor. Sie befürworte den Einsatz von Klimaanlagen dort, wo sie dringend seien.

Ohnehin beruht ein grosser Teil der Bewilligungspraxis auf den Empfehlungen der kantonalen Energiedirektoren, die Mehrheit von ihnen ist bürgerlich. Sie sind gerade damit beschäftigt, ihre Mustervorschriften zu überarbeiten. Aus klimapolitischen Überlegungen zeigen

sie sich allerdings wenig gewillt, grosszügig zu liberalisieren, wie der «Tages-Anzeiger» kürzlich berichtete.

In Basel-Stadt ist ein Freisinniger selbst tätig geworden. Der Grossrat Daniel Seiler hat letzten Sommer einen Vorstoss eingereicht. Die Regierung wird aufgefordert, das Bewilligungswesen für Klimaanlagen zu lockern. Dabei erhielt er Unterstützung von einem Sozialdemokraten, der seinerseits einen Vorstoss nachgeschoben hat.

Zwar fressen Klimaanlagen auch heute noch viel Strom. Durch den rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien herrscht in Europa im Sommer allerdings zunehmend ein Überschuss an sauberem Strom. Bereits heute müsste deshalb immer häufiger die Stromproduktion abgeregelt oder gar überschüssiger Strom vernichtet werden, heisst es im Vorstoss. Diesen Strom könnte man vielleicht auch für Klimaanlagen nutzen. Ganz nach dem Motto: kühle Räume für viele statt für wenige. Auch ein Grüner hat den Vorstoss unterschrieben.